

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Januar 2011

61. Jahrgang, Nr. 699

„Wir kriegen euch alle!“ – Kommunismus, ein Irrweg in der Geschichte

Brutaler Angriff von Teilnehmern des Luxemburg-Kongresses auf VOS-Mitglieder und Vera Lengsfeld

Antifaschistische Aktion Berlin oder faschistoide Schlägertruppe? VOS-Mitglieder und Bürgerrechtlerin niedergeschlagen, weil sie LINKE-Chefin Gesine Löttsch kritisierten und an die 100 Millionen Todesopfer des Kommunismus erinnerten. Gesine Löttsch verweigert den Opfern des Überfalls jedes Zeichen des Bedauerns, Mitgeföhls und jede Stellungnahme.

Seit dem 3. Januar 2011 hat Gesine Löttsch mit dem Vorabdruck ihrer Rede zur Rosa-Luxemburg-Konferenz am 08.01.11 in der URANIA Berlin über „Wege zum Kommunismus“ die Gemüter innerhalb und außerhalb ihrer Partei arg strapaziert. Als sie dann noch eins draufsetzte und am Vormittag des 08.01. 2011 auf ihrem Parteitag in Hamburg die Frage des SED-Unrechts für längst erledigt erklärte, ihre Partei habe mit dem Stalinismus „bereits 1990 unwiderruflich gebrochen“, das werde „von niemandem infrage gestellt“, da war für uns das Maß voll. Spontan verabredeten wir uns zu einer Protestaktion vor der URANIA, sieben VOS-Mitglieder und die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld.

Kaum waren wir angekommen, da stürmten aus einer Gruppe von 50 bis 70 meist jugendlichen Personen (mit Antifa-Fahne), offensichtlich Kongressteilnehmer, plötzlich 10 bis 15 auf uns los und griffen uns ohne jede Vorwarnung aufs brutalste an. Ich bekam einen Faustschlag auf das Kinn und einen Fußtritt in den

Bauch – so wie man das aus schlechten Filmen über Kickboxen kennt. Von der Wucht stürzte ich rückwärts auf den Boden und zog mir linksseitig Prellungen an Ellenbogen und Hüftgelenk, eine leichte Platzwunde an den Lippen und einen ausgerenkten Unterkiefer zu. Jemand riss mir das Plakat aus der Hand und warf es fort.



Dr. Frieder Weiße, VOS-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg, mit Augenverletzung

Den beiden neben mir erging es ähnlich. Und schon kam, nicht weniger brutal, diesmal mit vermummten Schlägern, eine zweite Angriffswelle, die sich vor allem gegen die Frauen hinter uns richtete, die uns zur Hilfe kommen wollten.

Ich rappelte mich hoch, humpelte zu dem Plakat, nahm es und ging zur Bushaltestelle, wo Menschen warteten und ich mich einigermaßen sicher glaubte. Eh ich mich versah, kam mir ein anderer Angreifer ent-

gegen und schlug mir mit voller Wucht seine Faust auf das linke Auge, riss mir das Plakat wieder aus der Hand und zerbrach es. Ich war wie benommen und konnte alles nur noch verschwommen sehen. Anscheinend fühlen sich Boxer so, wenn sie k. o. geschlagen werden.

Da nahm ich wie durch einen Schleier wahr, dass plötzlich Polizeibeamte kamen. Die Angreifer liefen fort und versteckten sich in der Versammlung. Dafür übernahmen es dann andere, uns verbal zu attackieren („Wir kriegen euch alle!“ usw.). Weil ich nicht mehr richtig sehen konnte, ging ich zu den Polizeikräften und sagte, dass ich Hilfe brauchte. Ich fand zusammen mit Mario R., der auch verletzt war, in einem Fahrzeug Schutz, bis

mich der Krankenwagen mit Blaulicht ins Klinikum Benjamin Franklin brachte, wo ich von drei Fachärzten, darunter eine Augenärztin, behandelt wurde.

Am Abend, nachdem ich meiner Frau und meinen beiden Kindern in Berlin alles so schonend wie möglich beigebracht hatte, rief mich meine Tochter, die in Schottland arbeitet, auf dem Handy an: „Papa, ich habe Angst um dich...“

Dr. Frieder Weiße

Die VOS ist immer noch da. Wer es nicht geglaubt hat, der konnte es, wenn auch auf schmerzliche Art, bereits am Abend des 8. Januar erfahren, als die Meldung über die Niederschlagung einer öffentlich geleisteten, friedlichen Mahnwache einiger Mitglieder gegen die Kommunismus-Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt durch die internationalen Medien ging. Mehrere VOS-Kameraden hatten sich spontan mit Spruchtafeln in den Eingangsbereich des Urania-Gebäudes in Berlin, wo die seit Wochen angekündigte Veranstaltung – Eintritt 16 € – stattfinden sollte, begeben. Unter ihnen auch unsere hoch geschätzten Mitstreiter Mario Röllig, Rainer Buchwald, Edda Schönherz und Dr. Frieder Weiße, die, obwohl sich friedlich verhaltend, prompt angepöbelt und verletzt wurden. Man darf froh sein, dass angesichts des erkennbaren Aggressionspotenzials nicht das passiert ist, was bei einer halbwegs adäquaten Gegenwehr ansonsten hätte passieren müssen: das Ausüben der Gewalt, eine offene Straßenschlacht.

Dennoch, das, was geschah, gibt uns, die wir die Gesellschaft nach wie vor mit Verantwortung und auch mit wachsender Sorge betrachten, einmal mehr zu denken. Die Folgen des Angriffs waren schwer genug, war doch die medizinische Behandlung unvermeidbar.

Das Szenarium, das wir gesehen und erlebt haben, erfüllt uns mit Schrecken. Es erinnert an die Vorkommnisse von Rostock zu Beginn der 1990er-Jahre, als rechte Irrsinnige vor den Augen der tatenlosen Schaulustigen ein Heim für Asylsuchende abbrannten, es erinnert an die Deutschen, die zusahen und mitmachten, als im Dritten Reich Bücher verbrannt und Menschen abtransportiert wurden.

Manch einer mag diese Vergleiche übertrieben finden. Aber eines sollten wir Deutschen allmählich wissen: In diesem Land wenden sich die Menschen erst gegen die Gewaltbereitschaft, wenn sie endlich selbst davon betroffen sind.

Das Wort vom Kommunismus, der neuerdings auf direktem Weg erreicht werden soll, wurde als Parole herausgegeben, uninformierte, aufgehetzte junge Leute wurden

als Täter ebenso zu Opfern wie diejenigen, gegen die sie Gewalt ausübten. Wer sich so blind vor den Karren der von Machtgier erfüllten Linke spannen lässt, der ist wahrlich nicht gut beraten. Er fügt nicht nur anderen Verletzungen zu, er wird eines Tages selbst dort landen, wo die Podiumsteilnehmerin der Luxemburg-Konferenz Inge Vielt einst landete. In der Haft. Ist ein solcher Weg erstrebenswert? Wäre nicht jetzt noch die Gelegenheit, sich von der Gewaltanwendung abzuwenden?

Auf ein Wort = des Redakteurs

Und wäre es nicht auch für die Linke-Vorsitzende Löttsch und andere Besucher der Konferenz – im Saal saß kein Geringerer als der Vorbestrafte Egon Krenz – an der Zeit, ihrem Klientel zu erklären, dass man sich mit Gewalt nicht nur keine Freunde macht, sondern dass man sich auch die eigene Zukunft verbaut. Denn auch bzw. gerade im real existierenden Sozialismus wie auch im Kommunismus macht man mit Schlägern kurzen Prozess. Ich erinnere an meine Schilderungen in dem Buch „Zuchthaus Brandenburg“, das immer noch in der Buchhandlung 89 zu erwerben ist, und ich verweise auf China oder Nordkorea, wo verurteilte Gewalttäter willkommene Organspender für Funktionäre sind.

Unsere Empörung nach diesen Vorgängen ist groß, wir haben einen Rückfall in die Straßenkampfszenen des Dritten Reiches erlebt, wo Unschuldige durch uniformierte Horden – aus den Uniformen sind Vermummungen geworden – ungestraft auf offener Straße zusammengeschlagen wurden, während wenige Meter entfernt ideologische Einpeitscher ein verlogenes Lied von Frieden und sozialer Gerechtigkeit skandierten. Immerhin hat die Gewaltaktion gegen die VOS-Kameraden dazu geführt, dass die Mit-Vorsitzende der Linke von den Partei-Promis zurückgepfiffen wurde und sich nicht in die Podiumsveranstaltung wagte. Hat Frau Löttsch dennoch begriffen, was sie bereits im Vor-

feld mit ihrem kämpferisch verbissenen Veranstaltungs-Pro angerichtet und wem sie eine ungerechtfertigte Popularität verschafft hat? Sie ist als Bundestagsabgeordnete mit hohen parlamentarischen Befugnissen und Gewissenspflichten (!) betraut. Darf sie sich, die gut zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler vertritt, auch nur den Anschein geben, ihre Weltanschauung und ihre politischen Ziele korrespondierten mit den Zielen und Ansichten der radikal ausgerichteten Diskussionspartnerinnen?

Mich persönlich bewegt zudem die Frage: Was sind das für Menschen – Eltern, Parteigenossen, Vorsitzende –, die ihre Kinder zur Gewaltbereitschaft und zur Gewaltausübung ermuntern? Kann man auf der einen Seite lauthals durch die Medien posaunen „Schluss mit einem Krieg in Afghanistan“, aber man gibt den eigenen Söhnen, vielleicht auch Töchtern, Taschengeld, damit sie sich verummern und mit Waffen ausrüsten können, damit sie nach Art von Kindersoldaten wehrlose Sechzigjährige zusammentreten. Ist das der Sozialismus, der Kommunismus, wie wir ihn kriegen werden, oder ist es der, den wir hatten? Wer seine eigenen Kinder zu Schlägern erzieht, sollte nicht um kostenlose KITAS geifern, der sollte besser für ausreichende Krankenhausbetten und gute Bestattungstarife sorgen.

Und Egon Krenz? Im Juni ist es 22 Jahre her, dass der nun so weise und gerecht erschöpft sich gebende ehemalige Sekretär jene entlarvende Botschaft nach Peking sandte, um die Polit-Greise, beispielgebende Kommunisten, zur Rechtmäßigkeit des kommunistisch gefärbten Blutbades bzw. den danach verhängten Todesstrafen an jungen Menschen zu beglückwünschen.

Man kann sicher sein: Würden Honecker und Mielke noch leben, auch sie wären zu eben jener Konferenz begrüßt worden. Egal, welcher Verbrechen sie sich schuldig gemacht haben. Entscheidend ist das Ziel, nicht der Weg. Das Ziel heißt Kommunismus. Warum eigentlich? Leben wir denn wirklich so schlecht oder soll hier nur zerstört und geprügelt werden?

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Gewalt gegen Opfer – Ende der Demokratie?

**Soll das Rad der Geschichte
wirklich zurückgedreht werden?**

**Die Ereignisse, die sich rund um die
Kommunismus-Konferenz im Ber-
liner Urania-Gebäude abspielten.**

*Berichte, Kommentare,
Zitate und Absichten*

Seite 1, 2, 4, 5, 15, 16

Titelseite

**Schläge und Tritte beschleunigen den Auf-
stieg in die freie kommunistische Gesell-
schaft**

*Frieder Weiße und andere ehemalige SED-
Opfer beziehen Prügel von Vermummten, ohne
dazu wirklich Anlass zu geben*

Redaktionsthema:

Häme, Gewalt und Geschrei – was erwartet uns
demnächst noch? 2

**„Frau Löttsch, nicht nur wir empfehlen Ih-
nen den Rücktritt und den Rückzug!“**

VOS sieht für die Linke-Vorsitzende nach
deren orientierungslosem Gebaren nur die
Möglichkeit des Rücktritts 4

Selbst Frauen wurden mit Füßen getreten

Ein Betroffener berichtet vom Vorgehen der
Vermummten 4

**Das Gedenken, Gespräche und die Hoff-
nung auf Frieden und etwas mehr Rente**

Ehemalige politische Häftlinge treffen sich zu
friedlichen Weihnachtsfeiern 5

Bezirksgruppenarbeit soll verbessert werden

Kamerad Gerd Franke vermittelt Erfahrung
und Zuversicht 6

Keine Erfolge und Verbesserungen

Wolfgang Stiehl über die Ehrenpension 7

**Der Kommunismus lugt vorerst nur
durch die Fensterscheibe**

Kamerad Xing-hu Kuo schildert seine
Reiseindrücke von Hongkong 8-10

Ist der erste Schritt Sache der Opfer?

Wie soll man sich mit jemandem versöhnen,
der seine Schuld permanent verdrängt 10

Angst und Bedrohung gehörten zum Leben

Wie man auch Ärzten im Sozialismus zusetzte 11

Dies könnte der richtige Mann sein

Über die Nachfolge von Marianne Birthler 12

Diese Flucht wurde bitter bereut

Als ein DDR-Spion zu seinen sozialisti-
schen Genossen in die DDR floh 13-14

„Ich sehe keinen Dissens“

Teil zwei bis drei eines Meinungsstreits 14

Faustschläge für einen Mann um die Sechzig

*Auch Vera Lengsfeld kam nicht ohne Tritte
davon* 15

**Aufritt des „Armutforschers“ ließ das Niveau
der Sendung endgültig abrutschen**

Fernsehchauplatz ARD am 16. Januar 15

**„Demokratin mit Haut und Haar“ und
andere (Selbst)Erkenntnisse**

Zitate rund um den Kommunismus 16

- Hinweis **Buchenwaldmappe** 6

- Ehrung 7

- Verstorbene 15

- Zitate 5,16

- Impressum 16

Mit einer Flut von Spenden bekunden die Kameradinnen und Kameraden zu Beginn des neuen Jahres ihre Verbundenheit mit unserem Verband

Elke Klinkradt, Gotthilf Sternberg, Horst-Günter Lisk, Gerhard Grziwa, Gunter Schramm, Dr. Helmut Schulze, Hedi und Paul Ehrlich, Hans Steffen, Irmgard und Herbert Pieper, Gerda Reimann, Martin Koch, Bernd Schnabelrauch, Axel Kunkel, Werner Stiehl, Gisela und Dieter Wulff, Manfred Grünert, Reinhard Meier, Ulrich Seidel, Gerd Lewin, Wolfgang Häckl, Heinz Thiele, Dr. Oswald Gürtler, Margarethe und Albin Lichy, Joachim Gartzke, Werner Sauerzweig, Gotthard Rammer, Dr. Bernd Simon, Rosemarie und Erich Marzahn, Dr. Christine und Emil Redlich, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Eberhard Schröder, Christine und Roland Ermer, Irene Petzel, Reinhard Schwartz, Horst Menzel, Rainer Buchwald, Barbara und Harald Beständig, Günther Schrader, Max Haller, Manfred Schultz, Werner Jung, Bernd Westphal, Holger Coors, Waltraud und Heinz Noack, Friedrich Gregor, Ingrid Schmidt, Dieter Kuban, Hans-Joachim Kittel, Frank Winkler, Dietrich Koppe, Werner Wäsche, Herta und Gerhard Kalitz, Erna und Joachim Fiedler, Erika und Horst Herbrich, Sigfried und Eckhard Schulz, Gabriele und

Gerhard Rink, Hans Mirr, Klaus Tuebbecke, Günter Schreiber, Eberhard Lindner, Günter Scharf, Heinz-Jürgen Müller, Helmut Meyer, Karl-Heinz Werner, Norbert Czenczek, Ingeborg Gericke, Gerhard Fischer, Kurt Müller, Heinz-Günther Lorenz, Hans-Joachim Erler, Monika und Volkmar Christner, Hartmut Kaese-wurm, Gritta und Günther Mochan, Johannes Schulze, Karl-Heinz Ruhnau, Gottfried Walther, Waltraud Ewert, Werner Arnold, Gerhard Schumann, Hans-Jürgen Jennerjahn, Gerda und Alfred Kubiacyk, Karl-Heinz Ossenkopp, Peter Ruck, Werner Hofmann, Gisela und Waldemar John, Martina u. Uwe Rutkowski.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön. Die VOS wird die Interessen der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR auch im Jahr 2011 mit Nachdruck vertreten.

Einen herzlichen Dank für alle freundlichen Wünsche zum neuen Jahr und zum zurückliegenden Weihnachtsfest sagen: VOS-Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und der Fg-Redakteur.

Mit Füßen getreten, mit Fäusten attackiert

Rainer Buchwald eines der Gewalt-Opfer vom 8. Januar 2011 meldet sich mit einem Bericht zum Tathergang

Es ist der 8. Januar 2011, 16:30, es ist das Urania-Gebäude Berlin: „Sie lügen wie gedruckt, wir drucken wie sie lügen.“ Diese Parole ist am Eingang des Gebäudes zu lesen.

Vier Mitglieder der VOS stellen sich an diesem Tag um eben diese Zeit zum Fotografieren auf dem Gehweg an der Urania auf. Vorsichtshalber stellen sie sich so, dass von den Teilnehmern der gleich stattfindenden Kommunismus-Konferenz oder den unbeteiligten Passanten keiner mit aufs Bild kommt. Als die beiden Frauen die mitgebrachten Transparente (siehe Foto) hochheben, werden ihnen diese aus den Händen gerissen und unter Fragen und Protest zerbrochen. Dabei werden beide Frauen mit Füßen getreten, die beiden Männer als sie den Frauen helfen wollen, heftig mit Fäusten attackiert. Einer von ihnen muss sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

Ist das die Demokratie, welche die Linke meint? Sie war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik und hatte die Mauer gebaut, 960 Personen bei der Flucht erschossen, minderjährige Jugendliche permanent verfolgen und internieren lassen.

Die Demonstranten, die hier zusammengeschlagen wurden, waren Opfer, welche zu DDR-Zeiten von den SED-Schergen unter menschenverachtenden Bedingungen und rechtswidrig weggesperrt wurden.

Wer sind Täter, die für solche Aktionen hergeben? Wer kann denn Frauen gnadenlos ins Gesicht oder in den Körper schlagen und treten?

Wenige von denen, die in Deutschland groß geworden sind, haben so etwas gelernt. Was die Linke selbst anbetrifft, so bedient sich diese Partei derer, die von der hiesigen Politik keine Ahnung haben. Auch werden diejenigen, die unter dem SED-Regime gelitten haben, in derselben Zeile als Lügner hingestellt.

Ich meine es reicht, ihr nicht auch?

Jetzt ist die Regierung gefordert, um die Linke, die sich mit den Geldern der Steuerzahler aus den alten Bundesländern bedient und ihre neuen demokratischen Kommunismus aufbauen will, zu stoppen.

Müssen sich die Opfer ein zweites, drittes oder viertes Mal von solchen Leuten zusammenschlagen lassen, weil sie sich um die Demokratie in unserem Land sorgen. Und zwar für eine Demokratie, die sie selbst unter großen Opfern erkämpft haben. *Rainer Buchwald*

SED-Opferverband VOS protestiert gegen Löttsch-Äußerungen und erstattet Anzeige

Mit mehreren Presseerklärungen und einer Strafanzeige hat die VOS auf die Vorfälle vom 8. Januar 2011 reagiert

Linksextremisten haben am Abend vor der URANIA in Berlin friedlich protestierende SED-Opfer blutig geschlagen. Der Vorfall wurde von Kamerateams beobachtet. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht LINKEN“ hatten Aktivisten der Vereinigung der Opfer des Stalinismus mit Plakaten an die rund 100 Millionen Menschen erinnert, die in kommunistischen Regimen umgebracht wurden. Hugo Diederich, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender, erklärt: „Wir sind bestürzt, dass die Linken mit der Antifa-Fahne in der Hand friedliche Menschen verprügeln. Die Szenen erinnern an die DDR, wo ein friedlicher Protest Andersdenkender auch verhindert wurde. Wir gehen davon aus, dass die Polizei anhand ihrer Videoaufzeichnungen die Täter ermittelt, gegen die wir uns Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung vorbehalten.“ Hugo Diederich, erklärt weiter: „Es ist grotesk, wenn Frau Löttsch in Hamburg sagt, ihre Partei habe unwiderruflich mit dem Stalinismus gebrochen, sich kurz darauf aber in der URANIA in Berlin mit der früheren RAF-Terroristin Viett und der DKP-Vorsitzenden Jürgensen zum Talk auf eine Bühne begibt.



Edda Schönherz

Protestierende SED-Opfer: Vera Lengsfeld, Mario Röllig.

Die Sonntagsreden von Frau Löttsch stimmen leider nicht mit ihren Taten überein.“ Erklärungsbedürftig findet die VOS auch die Tatsache, dass die URANIA ihre Tore – wie es hieß – ausgerechnet für die Extremisten aus der ewig gestrigen Ecke öffnet. Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender, erklärt: „Frau Löttsch ist auf dem linken Auge blind. Der Kommunismus ist von Wladiwostok bis zur Elbe wie ein Kartenhaus zusammengeklappt. Dass Frau Löttsch das Experiment noch mal starten will und kein Wort der Entschuldigung für die Opfer übrig hat, ist vor allem für die vielen Opfer der SED-Diktatur schmerzlich.“ Die VOS hat LINKE-Chefin Löttsch zum Rücktritt aufgefordert. Mit ihrer Ankündigung, den Kommunismus in Deutschland einführen zu wollen, habe sie den Boden des Grundgesetzes verlassen, erklärte der gliederstärkste SED-Opferverband gegenüber den Medien. Ihre nachträgliche Distanzierung von den Verbrechen des Kommunismus sei halbherzig, es fehle eine Entschuldigung der SED-Nachfolgepartei für die Verbrechen während des DDR-Regimes. Nach der Strafanzeige der VOS wegen Körperverletzung und Strafvereitelung ermittelt der polizeiliche Staatsschutz.

Hugo Diederich

Friedvolle Atmosphäre und Lesung aus interessantem Buch

Weihnachtsfeier Bezirksgruppe Berlin diesmal mit stärkerer Beteiligung

Am 15. Dezember beging die Bezirksgruppe Berlin ihre Weihnachtsfeier. Gekommen waren etwa 30 Kameradinnen und Kameraden, und damit mehr als zur Feier im vergangenen Jahr. In friedvoller Atmosphäre stimmten sich die Anwesenden auf die Festtage ein. Bei Kerzenschein, Glühwein, Stolle und angenehmen Gesprächen ließ die Bezirksgruppe das Jahr 2010 Revue passieren. Peter Hellström rezitierte aus seinem erfolgreichen Buch „Die Postkontrolle der Staatssicherheit“, das in diesem Jahr erschien (Buchhinweis, siehe unten).

Es war das erste Mal, dass die Weihnachtsfeier in den neuen Räumlichkeiten der Berliner Landesgeschäftsstelle stattfand. Bei Kartoffelsalat und Würstchen genossen die Kameradinnen und Kameraden am Abend den schönen Ausblick auf die Gedächtniskirche und den dortigen Weihnachtsmarkt.

Hellström, Peter Die Postkontrolle der Staatssicherheit
Aus der Sicht eines Zeitzeugen, 29,90 EUR
435 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Dokumente

Chemnitzer Ratskeller war Treffpunkt für die Bezirksgruppe

Gemütlichkeit, Berichte und Diskussionen prägten die Weihnachtsfeier im Herzen Sachsens

Die Bezirksgruppe Chemnitz traf sich im November. Traditionell kamen die Kameradinnen und Kameraden im städtischen Ratskeller zusammen. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Holker Thierfeld berichtete über die Arbeit seines Vorstandes und die Aufgaben im neuen Jahr. (s. Foto). Im Anschluss gab es ein gemütliches Beisammensein, eine sächsische Mahlzeit und viele angeregte Gespräche.

VOS will künftig auf mehr politische Bildung der Jugend drängen

Auch im Vogtland kamen vor dem Fest zahlreiche Kameradinnen und Kameraden zusammen

Weihnachtlich ging es auch bei Petra und Werner Dietz in der Bezirksgruppe in Reichenbach zu. Etwa 80 Kameradinnen und Kameraden waren trotz Wintereintritts und Schneefalls in den Gasthof im Vogtland gekommen. Traditionell gab es sächsische Stolle und Kaffee.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ronald Lässig und der sächsische Landesvorsitzende Bernd Müller-Kaller betonten, dass die VOS auch künftig auf eine bessere politische Bildung der jungen Generation drängen wird. Die neu geschaffene Zeitzeugenbörse sei ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Der CDU-Landtagsabgeordnete Kienzle sicherte der VOS seine weitere Unterstützung zu. Sächsische Gemütlichkeit, eine Dia-Vorführung über den Ausflug der Bezirksgruppe im Sommer und angenehme Gespräche rundeten die Feier ab. *Texte u. Fotos: R. Lässig*

Advent in Frieden und Freiheit und mit dem Gedenken an die Opfer der Verfolgung und Haft

Foto-Impressionen der VOS-Bezirksgruppen



Freiheitsgelöbnis, früher vom RIAS Berlin ausgestrahlt, jetzt jeden Sonntag nach dem Läuten der Freiheitsglocke um 11:58 Uhr im Deutschlandradio Kultur zu hören:

„Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten mögen.“

Zusammenhalt und Erscheinungsbild des größten Opferverbandes in Hessen und Rheinland-Pfalz in der Öffentlichkeit weiter gefestigt

Bilanz der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz und der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe ist zugleich Appell für mehr Aktivitäten durch andere VOS-Gruppen

Mit einem Grußwort zum Beginn des neuen Jahres hat sich Gerd Franke im Namen der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz und der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe an die Mitglieder der VOS gewandt. In seinem Rundschreiben führt er die im letzten Jahr geleisteten zahlreichen Aktivitäten der Gruppen auf. So wurde noch am 11. Dezember in Mainz zum alljährlichen Adventstreffen eingeladen und hier der stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich begrüßt. Kamerad Franke spricht von einem durchweg positiven Rückblick auf die Aktivitäten der Gruppen im vergangenen Jahr. Insbesondere sind es jene Veranstaltungen mit erfreulicher Öffentlichkeitsresonanz, auf die die Kameradinnen und Kameraden stolz sein können. So wurden im Juni in Darmstadt und Mainz die Vorbereitungen zum Gedenken an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland organisiert und dies auch durch die Presse publik gemacht. Ein anderes Highlight war die Teilnahme an den Feierlichkeiten der Bundesländer Hessen und Thüringen am Point Alpha, dem früheren US-Kontrollpunkt und jetzigen Grenzlandmuseum, wo sich die Militärböcke Nato und Waschauer Pakt an der innerdeutschen Grenze unmittelbar gegenüberstanden. Zu diesem historisch motivierten Ausflug gehörte am 3. Oktober auch eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der deutschen Teilung. Allein diese bemerkenswerten Aktivitäten trugen zum weiteren Zusammenhalt der Gruppe und zur Festigung der Gemeinschaft bei. Zudem wurde das Erscheinungsbild der VOS in der Öffentlichkeit verbessert.

Mit Aktionen dieser Art werden Beispiele geschaffen, die auch für andere Gruppen Vorbildwirkung haben sollten, an denen sich – so Gerd Franke – in Zukunft auch andere Gruppen beteiligen könnten.

Sicher ist die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge ein Schritt, der von einer positiven Einstellung zur Ge-

schichtsaufarbeitung zeugt und der auch für die Verantwortung gegenüber dem Schicksal der zu Tode gekommenen Kameraden spricht. Doch für die Wahrnehmung unserer Interessen in der Öffentlichkeit und für das längerfristige Weiterbestehen der VOS sind die Beteiligung an und die Initiierung von öffentlichen Auftritten unabdingbar.

Die Überalterung der VOS ist eine Tatsache, vor der wir nicht die Augen verschließen sollten. Wenn wir uns bei Aktionen wie den hier beschriebenen zeigen, wenn wir Interesse erwecken und mit Wahrheiten aufwarten, werden wir auch Zuspruch bei mehr jungen Leuten finden.

In seinem Grußwort betont Gerd Franke auch die Bedeutung der Kameradschaft und Solidarität innerhalb der Gruppen. Sie sind gewiss einer der Grundpfeiler für ein funktionierendes Verbandsleben. Durch das persönliche Miteinander, durch Gespräche und gegenseitige Solidarität, aber auch durch die Respektierung des jeweiligen Einzelschicksals, mit dem sich häufig die haftbedingten Krankheitssymptome verbinden, können sich die Kameradinnen und Kameraden gegenseitig Halt geben und stärken.

Das Sommerfest, das auch im vergangenen August wieder stattfand, oder das eingangs genannte Adventstreffen spielen hier eine wichtige Rolle. Hier erlebt man Zusammenkünfte in zwangloser Atmosphäre und stößt auf Verständnis, wenn man mit anderen Kameraden über Hafterlebnisse spricht, die einem ansonsten – leider – kaum jemand glaubt.

Mit einem guten Beispiel an Unterstützungsbereitschaft zeigte die Bezirksgruppe gerade in den letzten Wochen wieder, worauf es in Sachen Kameradschaft heutzutage ankommt. Während früher die Möglichkeit bestand, für einzelne Mitglieder in finanziell schwierigen Situationen Unterstützungssummen bei der „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ in Bonn zu beantragen und die Betroffenen dann auch Geld erhielten, ist diese Vari-



Kamerad Gerd Franke beim Gedenken am Point Alpha

ante seit Einführung der Ehrenrente weitestgehend ausgeschlossen. Wer jetzt krank wird oder verarmt, der muss sich selbst helfen oder beim Sozialamt Anträge stellen. – Es sei denn, ihm (oder ihr) wird aus dem Kreis der Kameraden geholfen. So jedenfalls geschah es im Fall der schwer erkrankten Kameradin Ruth Liske, die nach einer langwierigen OP von den Kameraden durch eine erfreuliche Spendenaktion finanziell gestärkt wurde. Es kam eine wirklich grandiose Summe zustande, die die Kameradin Liske tief bewegt entgegennehmen konnte. Auch dies ist eine Aktion mit Vorbildwirkung. G. F./Fg

Buchenwald-Mappe mit Höhepunkten 2010 Wer hat Bedarf?

Ehemalige Insassen des Speziallagers Buchenwald und deren Angehörige können die Dokumentation zu den Veranstaltungen des Jahres 2010 bei Herrn Dr. Bodo Ritscher von der Stiftung Gedenkstätten beziehen. Die Mappe ist kostenlos, es ist jedoch 1,45 € Rückporto zu erstatten.

Verbesserungen und Erleichterungen, über die jeder informiert sein sollte

Wolfgang Stiehl gibt Hinweise zu kleinen Erfolgen und Fortschritten in Sachen Ehrenpension

Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat an alle ihm aus Antragstellungen bekannten, Betroffenen der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR das nachfolgende Hinweisblatt versandt. Wolfgang Stiehl hat den Text eingescannt und verallgemeinernd (für alle Bundesländer passend) formatiert und die Bedeutung kommentiert.

Inbesondere sollten Betroffene/Berechtigte in folgenden Fällen die Veränderung aufmerksam lesen und gegebenenfalls handeln:

- ◆ Bei Verweigerung der „besonderen Zuwendung“ (Opfer- oder Ehrenrente) wegen geringfügiger Unterschreitung der Sechs-Monate-Klausel
- ◆ Betroffene die noch eigene Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen haben, bzw. Kindergeld beziehen
- ◆ Einzahler von Beiträgen für die betriebliche Altersversorgung
- ◆ Betroffene, die ihren Antrag zur „besonderen Zuwendung“ vor dem Erhalt der „strafrechtlichen Rehabilitierung“ gestellt haben und daraufhin erst ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit der strafrechtlichen Rehabilitierung ihre „besonderen Zuwendung“ ausgezahlt bekamen.
- ◆ Betroffene die in SBZ/DDR-Jugendwerkhöfen und/oder Kinderheimen eingewiesen waren.

HINWEISBLATT zu Änderungen des Strafrechtl. Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) durch das „Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, mit dem Vierten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 02.12.2010 wurden Änderungen des StrRehaG im Sinne von Klarstellungen und Verbesserungen zu einzelnen Vorschriften vorgenommen, die für Sie als Berechtigten von Bedeutung sein können. Das Gesetz ist am 08.12.2010 im Bundesgesetzblatt (BGB/I. S.1744) verkündet, am 09.12.2010 in Kraft getreten und sieht im Wesentlichen folgende Änderungen vor:

- ◆ Klarstellung der Mindesthaftzeit von 6 Monaten. Hierunter ist eine Mindesthaftzeit von 180 Tagen zu ver-

stehen, wobei der Tag des Haftantritts und der Haftentlassung mitzählen. *Bei vorzeitiger Entlassung (z. B. wegen einer Sonntags- oder Feiertagsregelung oder einer Vorverlegung des Entlassungszeitpunkts durch die Leitung der Vollzugseinrichtung) ist eine Leistungsgewährung im Rahmen eines Härtefalls eröffnet.*

- ◆ Deutliche Verbesserung für Opferfamilien mit Kindern durch Erhöhung der Einkommensgrenze um das Einfache des Eckregelsatzes nach § 28 Abs. 2 in Verbindung mit § 40 SGB XII (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) bzw. um das Einfache der ab 01.01.2011 geltenden Regelbedarfsstufe 1 für jedes Kind, für das der Berechtigte einen Kindergeldanspruch nach dem Einkommensteuer- oder Bundeskindergeldgesetz hat. Das gilt unabhängig davon, ob für das Kind Unterhalts- oder sonstige Leistungsansprüche bestehen.
- ◆ Wegfall der Anrechnung des Kindergeldes bei der Einkommensermittlung des Berechtigten.
- ◆ Abzug der angemessenen Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge vom Einkommen des Berechtigten.

Außerdem sind folgende Änderungen vorgenommen worden:

- ◆ Verlängerung der Antragsfristen im Strafrechtlichen -, Verwaltungsrechtlichen - und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz bis zum 31.12. 2019.
- ◆ Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen aus den Jugendwerkhöfen und Kinderheimen der ehemaligen DDR in den Berechtigtenkreis, wenn die Einweisung sachfremden und politischen Zwecken gedient hat und mit Grundsätzen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung nicht vereinbar war.

ACHTUNG, GEÄNDERTE RECHTSPRECHUNG!

Der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat mit Beschluss vom 10.08.2010, Az: 4 StR 254/10, entschieden, dass die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a StrRehaG (Opferpension) auch dann ab dem auf die Antragstellung an die zuständige Verwaltungsbehörde folgenden Monat auszuführen ist, wenn der Antrag gestellt wurde, bevor eine rechtskräftige gerichtliche Rehabilitierungsentscheidung vorgelegen hat. Sofern aus Ihrer Sicht die vorgenommenen Änderungen/Verbesserungen einen erstmaligen oder höheren Leistungsanspruch begründen könnten, wird Ihnen empfohlen, umgehend einen entsprechenden formlosen Antrag bei den jeweiligen Landesbehörden zu stellen, die bisher dafür zuständig waren. **ENDE des Textes**

Abwechslungsreiches Angebot schlägt sich in den hohen Besucherzahlen nieder

Gedenkstätte Bautzen Leiterin Silke Klewin hoch erfreut über 100.000. Besucherin des Jahres 2010

Am 20. Dezember 2010 konnte die Gedenkstätte Bautzen die 100.000. Besucherin des fast abgelaufenen Jahres 2010 willkommen heißen. Dies war die 30-jährige Yvonne Blumrich aus Bautzen, die als Jubiläumsgast einen Blumenstrauß und ein Buchpräsent aus den Händen von Silke Klewin, der Leiterin der Gedenkstätte, erhielt.

Angesichts dieser erfreulichen Tatsache stellte Frau Klewin fest: „Geschichtsverdrossenheit können wir nicht



erkennen. Das Interesse am Stasi-Knast, am Speziallager und den Geschichten politisch Verfolgter ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Über diesen Erfolg sind wir stolz und glücklich. Wir bieten den Besuchern auch zukünftig ein abwechslungsreiches und spannendes Bildungsangebot. Im Jahr 2011 wird die Gedenkstätte viele Veranstaltungen dem 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer widmen, die 28 Jahre lang die Teilung Deutschlands manifestierte.“

Öffnungszeiten, Kontaktmöglichkeiten und Veranstaltungsangebote finden sich auf der Internetseite der Gedenkstätte. Ansprechpartnerin ist Frau Silke Klewin.

Hongkong

Der kapitalistische Glanz einer Weltmetropole in direkter Nachbarschaft zur chinesischen Diktatur

Der Buchautor und Menschenrechtler Xing-Hu Kuo sieht nach fast fünf Jahrzehnten seine Verwandten am Rande des Riesenreiches wieder

„Das Auswärtige Amt kann nicht vorhersagen, ob Ihnen bei einem Aufenthalt in Hongkong Gefahr droht.“ Diese lapidare schriftliche Auskunft erhielt ich im vergangenen Jahr auf eine entsprechende Frage. Denn als ehemaliger Staatsbürger der Volksrepublik China und sogar Mitarbeiter der Peking-Botschaft in Ost-Berlin, der im Jahre 1972 – nach siebeneinhalb-jähriger politischer Stasi-Haft in Hohenschönhausen und Bautzen-II – in der Bundesrepublik politisches Asyl und später die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, war eine Reise nach Hongkong für mich nicht gänzlich risikofrei.

Bekanntlich wurde die Stadt am Perlfloss im Süden Chinas im Jahre 1997 nach dem Auslaufen eines 99-jährigen Pachtvertrages von Großbritannien an das Mutterland, inzwischen das kommunistische China, feierlich zurückgegeben.

Die Stasi hatte mich bei meiner Verhaftung im Jahre 1965 beschuldigt, ein westlicher Spion gewesen zu sein, der im Auftrage „imperialistischer Geheimdienste“ auch zahlreiche DDR-Bürger zum „Verlassen der DDR verleitet“(!) haben soll! Auf Spionage stehen im kommunistischen China wie auch in der ehemaligen DDR bekanntlich die Todesstrafe!

Hongkong, das bedeutet zu Deutsch nichts anderes als duftender Hafen.

Was aber veranlasste mich, eine solche Reise überhaupt in Erwägung zu ziehen? Abenteuerlust, Langeweile, Alterssenilität?

Keineswegs, es war der Familiensinn, der in der chinesisch-konfuzianischen Kultur eine weitaus größere Rolle spielt als im individualistischen Europa. In den 50er-Jahren wurden mehrere nahe Verwandte von mir aufgrund ihrer chinesischen Herkunft aus dem islamischen Indonesien, wo auch ich als Auslands-Chinese geboren wurde, nach China vertrieben. Dabei waren unsere Vorfahren vor rund 500

(!) Jahren aus der südchinesischen Provinz Fukien wegen der in China damals herrschenden Unruhen und Armut in die paradiesische Südsee ausgewandert und siedelten sich, wie meine Familie, auf der Insel Java an. In regelmäßigen Abständen fanden und finden jedoch antichinesische Pogrome statt, da sich diese Minderheit aus dem Reich der Mitte, die wirtschaftlich sehr erfolgreich ist, strikt weigert zum Islam überzutreten und deshalb häufig als „die gelben Juden“ Südostasiens bezeichnet wird.

Während so mancher Festland-Chinese am Hungertuch nagt, erstrahlt Hongkong im herrlichsten Glanz des global wirkenden Kapitalismus.

Im Jahre 1964 fuhren mein Vater, der mich in der DDR besuchte, und ich als 26-Jähriger mit der Transsibirischen Eisenbahn von Ost-Berlin über Moskau nach Peking. Wir besuchten dort zwei Neffen sowie deren Frauen und ein kleines Baby namens Linda. Mein Vater und ich

dingens nach dem Mauerbau im Jahre 1961 in der DDR bereits auf ein Minimum geschrumpft waren, endgültig verlor.

Während ich im fernen Ostdeutschland hinter Gittern, streng isoliert von der Außenwelt, dahinvegetierte, hatten Millionen von Chinesen ähnlich wie die Deutschen hinter Mauer und Stacheldraht nur einen Gedanken im Kopf: Wie können wir dieser Hölle entkommen? So wie West-Berlin das rettende Ufer für Hunderttausende von Ostdeutschen war, galt die damals britische Kronkolonie Hongkong („Duftender Hafen“) als idealer Fluchtpunkt. Millionen von Chinesen flohen dorthin, so dass sich der Großteil der sieben Millionen Einwohner Hongkongs heute noch aus ehemaligen Flüchtlingen vom chinesischen Festland zusammensetzt!

Auch meinen Verwandten gelang es nach großen Mühen, nach Hongkong zu entkommen, wo sie sich in mühevoller und entbehrungsreicher Arbeit eine Existenz in Freiheit aufbauten.



waren entsetzt, als wir sahen, wie sie buchstäblich am Hungertuch nagten, wie die meisten Chinesen als Folge der katastrophalen Landwirtschaftspolitik der KP Chinas unter Mao Tse-Tung. Diese Erfahrung trug wesentlich dazu bei, dass ich meine Illusionen über den Sozialismus/Kommunismus, die aller-

46 Jahre hatte ich diese nahen und mir lieben Verwandten nicht mehr gesehen, nur sehr selten gab es Briefkontakte. Aufgrund meines hohen Alters – und auch meine Verwandten werden ja nicht jünger, ein Neffe starb schon vor drei Jahren – wollte ich sie wenigstens noch einmal sehen. → S. 9

Da ich wusste, dass Hongkong, obwohl inzwischen ein Teil des kommunistischen Chinas, nach dem Übergabe-Vertrag mit London für 50 Jahre (bis 2047) autonom geblieben ist, nach dem Motto „ein Land, zwei Systeme“, entschloss ich mich, vielleicht zum letzten Mal meine inzwischen ergrauten Angehörigen wiederzusehen. Mir war bekannt, dass Hongkong ein eigenes Grundgesetz hat, in dem alle Menschenrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch real respektiert werden. Auch wusste ich, dass Hongkong eine von Peking unabhängige Polizei und Justiz hat, dass freie Wahlen stattfinden und dass demokratische Parteien existieren.

Trotzdem war mir auch klar, dass Peking und die KP Chinas in

Trotz eigenen Grundgesetzes für Hongkong übt die KP Chinas einen wachsenden Einfluss auf die Weltmetropole aus.

Hongkong, wenn auch unsichtbar, dennoch einen wachsenden Einfluss ausüben. So werden die Regierungschefs von Hongkong von Peking ernannt, auch wenn dies alles Großkapitalisten und Milliardäre sind, aber ihre Loyalität gegenüber der Zentralregierung ist die Hauptbedingung für eine solche Ernennung.

Auch die Einreise nach Hongkong ist problemlos: ein gültiger Pass genügt, für China hingegen benötigt man ein Visum, Formulare mit vielen Fragen werden in Peking genauestens vom „Gong an ju“ (chinesische Stasi) überprüft, unerwünschte Personen erhalten keine Genehmigung.

Nach Hongkong kommen jährlich viele Millionen Touristen und Geschäftsleute aus allen Teilen der Welt, und sie bekommen am Flughafen sofort eine Aufenthaltsgenehmigung für drei Monate, ohne dass sie umständlich viele Fragen beantworten müssen. Deshalb entschloss ich mich, die Reise trotz des verbliebenen Restrisikos anzutreten. Immerhin war mein deutscher Pass ein gewisser Schutz, da Peking an guten wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik sehr interessiert ist.

Mit gemischten Gefühlen landete ich dennoch am 24. November 2010 auf dem Flughafen von Hongkong. Ein inzwischen 72-jähriger Neffe, den ich zuletzt in Peking, damals halb verhungert, besucht hatte, holte mich mit seiner aus Schanghai stammenden Frau ab. Problemlos bekam ich meinen Stempel für einen 90-tägigen Aufenthalt, während riesige Schlangen von Touristen aus aller Herren Länder geduldig an den zahllosen Schaltern des ultramodernen Flughafens warteten, der schon durch seine glitzern-



den Fassaden in keiner Weise an die düsteren Gebäude in vielen kommunistischen Staaten erinnert, sondern an Kapitalismus, Reichtum und protzigen Wohlstand.

Nach wie vor ist Hongkong eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt.

In Hongkong kam es zu emotionalen Begegnungen mit meinen Verwandten, die ich fast ein halbes Jahrhundert nicht getroffen habe. Sie waren natürlich auch alle um eben diesen langen Zeitabschnitt älter geworden. Grauhaarig, einige altersbedingt krank, so begrüßten sie mich nun. Und sie brachten ihre Kinder und Enkel mit. Aber ungeachtet des fortgeschrittenen Alters und mancher gesundheitlichen Einschränkung waren alle ausgesprochen fröhlich, lebensbejahend, gut gekleidet und sichtlich von einem Leben in Wohlstand geprägt. Vor allem sprachen sie frei und ungehemmt, flüsterten nicht wie ich das

im kommunistischen China oder auch aus der DDR kannte, wenn es um eine eigene politische Meinung Themen ging.

Und dann die Stadt selber: eine lebendige, quirlige Metropole. Fast die gesamte City besteht aus Wolkenkratzern. Dagegen sieht New York wie ein Dorf aus, die Menschenmassen drängen sich in den Prachtstraßen, wo es Tausende von Luxusgeschäften hat. Hier gibt es mehr Juweliere als in Paris, London oder New York zusammen. Tausende von Restaurants bieten nicht

nur chinesische kulinarische Genüsse aus allen Teilen des Riesereichs, sondern auch jede denkbare Küche ist hier vertreten.

Nach wie vor ist Hongkong eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt. Alle global wichtigen Banken sind hier in imposanten Gebäuden angesiedelt. Wall Street ist überall in Hongkong!

Linda, die Tochter meines verstorbenen Neffen, heute 47 und Mutter eines 22-jährigen Sohnes, der wie sie in Kanada ausgebildet wurde, lebt mit einem Deutschen, der Dozent an einer Hongkonger Universität ist. Sie haben mich sofort aus dem Hotel in ihre komfortable Wohnung geholt. Linda war wenige Monate alt, als ich sie 1964 in Peking zum ersten und letzten Mal traf! Sie besitzt – man weiß nie, was noch passiert – zusätzlich einen kanadischen Pass. Eine andere Nichte behielt die indonesische Staatsbürgerschaft. → S. 10

Das Foto zeigt den Autor (vorn rechts) im Kreise seiner Familie.

Ich kam mit einem deutschen Pass. Mein Bruder besitzt die niederländische Staatsbürgerschaft. Eine globalisierte Familie als Folge der politischen Verhältnisse unserer verrückten Zeit.

Im Laufe von drei Wochen lernte ich auch einige Deutsche kennen, die seit Jahren in Hongkong leben, dazu meine auf ein Dutzend Personen gewachsene Verwandtschaft. Sie waren interessante und offene Gesprächspartner und ergiebige Informationsquellen über das Leben in der einzig freien Stadt Chinas – wobei ich dieser Freiheit eine Gnadenfrist von immerhin 37 Jahren einräume.

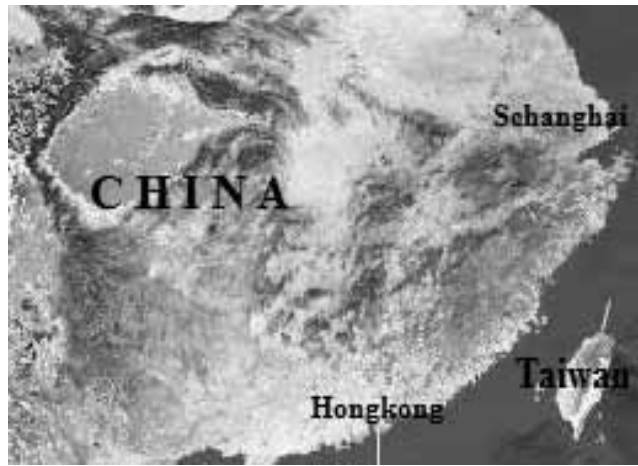
Als ich in Hongkong war, wurde in Oslo der Friedensnobelpreis an den abwesenden, weil inhaftierten Liu Xiaobo verliehen. Sämtliche Medien in der Stadt berichteten nicht nur ausführlich über dieses Ereignis, sondern kritisierten fast unisono massiv die Inhaftierung des Bürgerrechtlers durch das Regime in Peking. Vor dem Gebäude der Vertretung der Zentralregierung fanden Demonstrationen gegen die Politik in Peking statt, die Polizei war zwar da, behinderte die Kundgebungen aber in keiner Weise.

Die Hongkonger selber sind eher skeptisch und teilweise besorgt, was ihre Zukunft anbelangt. Denn

auch 37 Jahre gehen schneller vorbei, als man denkt, manche sehnen sich sogar nach der Zeit unter der britischen Krone zurück. Viele Hongkonger distanzieren sich bewusst vom chinesischen Festland: „Wir sind Hongkonger“,

erklären sie stolz und distanzieren sich von den „Chinesen vom Festland“, die in immer größerer Zahl versuchen, in Hongkong Arbeit und bessere Löhne zu finden. Natürlich ist es den einfachen Chinesen nicht verborgen geblieben, dass sie in Hongkong außer besserer Bezahlung – noch – alle Menschenrechte, darunter eine faire und rechtsstaatliche Justiz, in Anspruch nehmen können, die nach englischen Grundsätzen arbeitet.

Seit der Machtübernahme ist an allen Schulen in Hongkong das Mandarin (offizielles Chinesisch) Pflichtfach, dennoch sprechen die meisten Leute lieber ihren Heimatdialekt Kantonesisch und lehnen das Peking-Chinesisch ab, wie es



einst in der DDR mit dem Russisch war.

Die einzige Hoffnung der sieben Millionen Menschen Hongkongs ist, dass bis zum Jahre 2047 durch die marktwirtschaftliche, Reformen im kommunistischen China allmählich auch die Menschenrechte anerkannt und eingehalten werden und China dann keine kommunistische Diktatur mehr sein wird.

Das Beispiel der friedlichen Revolutionen in Ost-Europa, nicht zuletzt der Fall der Mauer in Berlin und das Ende der DDR, sind für viele Menschen in Hongkong ein hoffnungsvolles Licht im dunkel(blut)roten Tunnel der Gegenwart, der ansonsten immer schmaler zu werden droht.

Xing-Hu Kuo

Pressemitteilung

Vergebung setzt Bekenntnis und Buße voraus

VOS-Bundesvorstand fordert richtiges Vorgehen bei Versöhnung von Opfern und Tätern

In der Debatte um die Möglichkeit der Versöhnung zwischen Stasi-Opfern und Stasi-Tätern hat die VOS anlässlich des Weihnachtsfestes die ehemaligen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit dazu aufgefordert, sich zu ihrer Schuld zu bekennen und die Opfer um Verzeihung zu bitten. Dies sei gerade im christlichen Sinne die Voraussetzung dafür, dass die Opfer über Vergebung nachdenken könnten, betonte der mitgliederstärkste SED-Opferverband.

Der Täter müsse auf sein Opfer zugehen, nicht umgekehrt. Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender, erklärt: „Zu Weihnachten wird nochmal deutlich, dass der Vergebung das Schuldbekennen und Buße vorausgehen müssen. Jeder Täter muss die Katze aus dem Sack lassen, was er damals bei der Stasi gemacht hat. Deren Verschleierungstaktik, wie wir sie häufig erleben, zeugt von mangelndem Unrechtsbewusstsein. Das ist keine Grundlage für Versöhnung.“

Der SED-Opferverband reagierte auf Äußerungen der Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann. Sie hatte zum Weihnachtsfest die Stasi-Opfer dazu aufgerufen, sich mit den Tätern zu

versöhnen. Nach Ansicht der Bischöfin dürften in der SED-Diktatur unterdrückte Christen ihre Peiniger dafür heute nicht verurteilen. Mit einer solchen Sichtweise, so die VOS, zäume die kirchliche Würdenträgerin das Pferd jedoch von hinten auf.

Fragwürdig ist ohnehin auch die Position der Evangelischen Kirche. Nach wie vor haben die amtierenden Bischöfe und Verantwortlichen keine Position zur Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im August 1976 bezogen. Der regimekritische Pfarrer nahm sich damals in spektakulärer Weise das Leben, weil er vor allem die drastischen Erziehungsmethoden der kommunistischen Diktatur nicht mehr ertragen konnte, zum anderen protestierte er gegen die angepasste Haltung der damaligen Kirchenleitung (es kursierte der duckmäuserische Slogan von der „Kirche im Sozialismus“) gegenüber dem SED-Regime.

Die Evangelische Kirche offenbart damit ein eklatantes Defizit in der eigenen Geschichtsaufarbeitung. Sie ist nicht legitimiert, als Institution Verhaltensrichtlinien gegenüber den zahlreichen durch SED und MfS geschädigten Opfer zur eröffnen.

R.L./H. D.

„Wenn nachts ein Auto vor Ihrer Tür steht...“

Dr. Heinz Schneider mit einem weiteren Rückblick auf seine Jahre als Arzt unter Stasi-Aufsicht

An einem Mittwochnachmittag im Frühsommer des Jahres 1978 stand gegen 16.30 Uhr ein Herr Altmann vor meiner Tür und wies sich als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit aus. Er wolle ein ausführliches Gespräch mit mir führen. Da aber gegen 17 Uhr der zweite Tagesabschnitt meiner regulären Arbeitszeit im ehemaligen Prenzlauer Dominikanerkloster am Uckerwiek, in dem seit 1967 die Bezirksdiabetesabteilung des Kreiskrankenhauses Prenzlau untergebracht war, begann, sagte ich ihm, ich hätte keine Zeit, denn ich müsse arbeiten.

Dieser Herr Altmann hielt mich nicht zurück und ließ mich tatsächlich in Ruhe zur Arbeit gehen. Zwei Tage später war er erneut, dieses Mal um $\frac{3}{4}$ 8 Uhr früh, an meiner Wohnungstür und sagte energisch: „Heute haben Sie Zeit für mich, und zwar jetzt!“ Er kam aus Neubrandenburg von seiner Bezirksstelle und zeigte mir seinen Dienstausweis. Den Dienstgrad habe ich gar nicht erfasst, denn die Stimmung verschlechterte sich bei einem abrupten Zusammentreffen mit der Staatssicherheit derartig stark, dass ich schon Mühe hatte, den Namen auf seinem Ausweis zu lesen und zu behalten.

Der Attaché-Koffer, den der Stasi-Mann hinstellte, war kein wirklicher Koffer, sondern ein präpariertes Tonbandgerät.

Seinen Attaché-Koffer postierte er vor mir so auf der Tischoberfläche, dass ich vermuten musste, es handle sich gar nicht um einen üblichen Koffer, sondern um ein Tonbandgerät. Dieser Verdacht wurde durch gelegentliche Klickgeräusche, die ich zu hören glaubte, noch verstärkt. Er hatte auch seinen „Strichkoffer“ während der ganzen Zeit nicht geöffnet, so dass dieser nicht die Funktion eines „Aktenkoffers“ zu haben schien.

Das Gespräch begann damit, dass er wissen wollte, ob ich mit Herrn Dr. H. G. Schneider, einem als Oberarzt lange Zeit in der Hautklinik des Bezirkskrankenhauses Potsdam in Güterfelde tätigen

Dermatologen, verwandt sei. Mit diesem wissenschaftlich interessierten Kollegen hatte ich während seiner davor liegenden Tätigkeit im Prenzlauer Kreiskrankenhaus bereits einige Aufsätze über „Diabetes und Haut“ verfasst, womit wir partiell sogar medizinisches Neuland betreten hatten. Auch mit Herrn Dr. med. Th. Thormann, einem Kollegen aus der Hautklinik der Charité, hatten wir kooperiert.

Mir war inzwischen bekannt geworden, dass mein Namensvetter, ein ehemaliger NVA-Arzt, der gerade vor kurzem noch zum Major der Reserve befördert worden war, im Mai 1977 erfolgreich mit seinem jüngeren Sohn Christoph im Kofferraum eines Pkw in die Bundesrepublik geflohen war, während seine Ehefrau Ebba und der ältere Sohn Steffen zunächst noch in Potsdam-Babelsberg wohnten und im September 1978 in die Bundesrepublik ausreisen durften.

In diesem Jahr hatte mir Dr. H. G. Schneider einen Entwurf seiner demnächst in der BRD erscheinenden Arbeit (Generalisierte diabetische Dermangiopathie, Z. Hautkr. 55, Heft 7, S. 441–447, 1980) geschickt und mich und den Kollegen der Charité darin ohne mein Wissen als Mitautoren aufgeführt. Ich fürchtete, dass die Staatssicherheit bei einer Postkontrolle davon Kenntnis erhalten und daraus auf „unerlaubte Westkontakte“ geschlossen hatte. Aus diesem Grunde bat ich einen Cousin meiner Frau, Günther Thieke aus Celle, der sich zur Silberhochzeit seines Bruders Wolfgang und der Schwägerin Elfriede gerade in Mahlow in der

DDR befunden hatte, nach seiner Heimkehr mit Dr. H. G. Schneider in Aachen Kontakt aufzunehmen. Vielleicht könnte er in seiner Arbeit als „Schadensbegrenzung“ den Zusatz: „Veröffentlichung dieses Beitrages in der Bundesrepublik erfolgt ohne Kenntnis der Co-Autoren“ in die Endfassung einfügen, so dass wir damit etwas geschützt waren. Dieser von mir gewünschte Zusatzvermerk ist auch in der endgültigen Textfassung erschienen.

Tatsächlich wurden mir auch keine Vorwürfe wegen einer nicht er-



Die Gedenktafel am ehemaligen Potsdamer Stasi-Gefängnis erinnert heute an die Opfer der Diktaturen. Sie weist auch darauf in, was Menschen wie Dr. Heinz Schneider drohte, wenn sie in das "unsichtbare Visier" des MfS geraten waren.

laubten Zusammenarbeit gemacht. Aus dem „Gespräch“ mit dem Vertreter der Staatssicherheit entnahm ich jedoch mit Überraschung, dass ich angeblich im Westen bekannt sei und „man“ deshalb hierzulande meine baldige „Abwerbung“ befürchte. Vielleicht sei sogar eine Ausschleusung meiner ganzen Familie bereits eingeleitet und stünde kurz bevor. Ich beteuerte, dass ich davon nichts wisse und auch nicht die Absicht habe, Prenzlau und damit die DDR zu verlassen, was der Wahrheit entsprach.

„Wenn nachts ein Auto vor Ihrer Tür steht und Sie zum Einsteigen aufgefordert werden, erwarten wir, dass Sie uns das sofort melden.“

→ Seite 12 oben

Der Stasi-Vertreter Altmann gab mir einen Zettel mit einer Telefonnummer, die ich sofort anrufen sollte, falls das offenbar erwartete „Fluchtfahrzeug“ tatsächlich aufkreuze oder die Ehefrau von Dr. H. G. Schneider telefonisch mit mir Kontakt aufnahme. „Wenn Sie einsteigen und bei der Flucht erwischt werden, wovon wir mit Sicherheit ausgehen, so bekommen Sie nicht drei Jahre Haft wie allgemein üblich, sondern mindestens acht Jahre, denn Sie gelten hiermit als vorgewarnt.“

Die Frage der etwas schwerhörigen Großmutter (Jahrgang 1891) hatte direkt etwas Tragisch-Komisches: „Ist der Mann von der Versicherung noch da?“

Damit hatte sich das zunächst in einer freundlichen Atmosphäre geführte „Gespräch“ als Drohung entpuppt. Obwohl ich mir eine „Abwerbung“ nicht vorstellen konnte und mein Bekanntheitsgrad bei der starken Abschirmung auch sicher in der BRD nicht allzu hoch sein konnte, schien diese Möglichkeit der angedrohten Gewaltan-

wendung sicher ernst gemeint zu sein. Vielleicht diene sie aber auch nur zu einer Überprüfung meines ungefestigten „Klassenbewusstseins“. Die etwas schwerhörige Großmutter meiner Frau (Jahrgang 1891), die uns besucht hatte, war gerade aufgestanden und fragte nach zwei Stunden im relativ lauten Flüsterton durch den nur schmal geöffneten Türschlitz: „Ist der Mann von der Versicherung noch da?“

Ja, er war noch präsent. Eigentlich wäre die Situation zum Lachen gewesen. Sie hatte ganz offensichtlich die Begriffe „Staatssicherheit“ und „Versicherung“ verwechselt und bei ihrem hohen Alter die Brisanz des „Gesprächs“ (und auch der Verwechslung) nicht erkannt. Ein wirkliches Gelächter kam aber nicht zustande.

Ich fürchtete eine Zeit lang tatsächlich, dass in irgendeiner Nacht ein Fahrzeug der Staatssicherheit, vielleicht mit einem westlichen Nummernschild versehen, auftauchen könnte und man mich, meine Frau und die drei Töchter zum Einsteigen auffordern würde. Oder war es vielleicht doch kein Auto

der Staatssicherheit, sondern ein echtes Fluchtfahrzeug?

Wie sollte ich mich dann verhalten? Vielleicht würde ich bei einer „Meldung“ einen *echten Helfer* in erhebliche Gefahr bringen, auch wenn ich selbst niemanden um eine Fluchthilfe gebeten hatte? Und dabei hätte ich mich sogar selbst zu einem Komplizen der von mir ungeliebten Staatssicherheit gemacht. Und was wäre bei einer „Nichtmeldung“ passiert, wenn da im Fahrzeug wirklich die Staatssicherheit gewesen wäre?

Ich hätte als extrem „unzuverlässig“ gegolten. Wäre ich dann als Chefarzt noch zu halten gewesen? Sicher nicht! Jedenfalls war mein Nervenkostüm wieder einmal arg durcheinandergewirbelt und diese Ungewissheit hatte mein Lebensgefühl lange Zeit stark beeinträchtigt. Das angekündigte Fluchtfahrzeug erschien übrigens nie. Das war auch – mit Abstand – die beste Variante. Auf diese als Variante Nummer drei in Frage kommende Lösung hatte ich ursprünglich gar nicht gedacht. *Dr. H. Schneider*

Ann.: Die Rückblicke des Autors erscheinen demnächst als Buch.

SED-Opferverband wirbt für Jahn als Stasi-Unterlagenbeauftragten

Amtszeit von Marianne Birthler geht nach zehn Jahren im kommenden März zuende

Nachdem mit Joachim Gauck, der im vorigen Jahr sogar als Kandidat für die Wahl des Bundespräsidenten nominiert worden war und wegen seiner Unbestechlichkeit und Standhaftigkeit an den Stimmen der Linken scheiterte, der erste Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums der Staatssicherheit eine zehnjährige Amtszeit vollendete, folgte die aus den DDR-Bürgerrechtler-Kreisen stammende Marianne Birthler. Aber auch deren Amtszeit, die gesetzlich festgelegt nicht länger als zehn Jahre betragen darf, endet am 14. März 2011. Ein neuer Beauftragter soll nun folgen.

Das Bundeskabinett nominierte nun den 57-jährigen Roland Jahn, der nun vom Bundestag gewählt werden muss. Seine Wahl wird von der VOS unterstützt. Der größte Opferverband hat alle Bundestagsfraktionen aufgefordert, den früheren DDR-Regimekritiker mit brei-

ter Mehrheit ins Amt als Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen zu wählen. Der mitgliederstärkste SED-Opferverband hatte der Bundeskanzlerin und den Vorsitzenden der Regierungsfractionen bereits im Herbst vorgeschlagen, den früheren politischen Häftling zu nominieren, was dann auch geschah.

Ronald Lässig, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender, erklärt: „Wir werben um eine möglichst breite Mehrheit für Roland Jahn. Als ehemals politisch Verfolgter weiß er, worum es geht. Mit seiner Arbeit in der ARD hat Herr Jahn jahrelang einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geleistet. Deshalb appellieren wir an alle Bundestagsabgeordneten, ihn im Januar mit breiter Mehrheit zu wählen. Der Kandidat sollte möglichst breiten Zuspruch finden, schließlich geht es nicht um den Posten als Frühstücksdirektor.“

Jahn war Mitbegründer der Jenaer Friedensbewegung. Er wurde politisch verfolgt und 1983 zwangsausgebürgert. Danach unterstützte er vom Westen aus die DDR-Opposition. Seit 1991 ist Jahn Redakteur beim ARD-Politikmagazin „Kontraste“. Bei dem RBB-Fernsehmagazin ist er seit 2006 stellvertretender Redaktionsleiter. 1998 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die noch amtierende Bundesbeauftragte Marianne Birthler begrüßte den Vorschlag. Jahn sei jemand, der für dieses wichtige Amt über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Akzeptanz und Unterstützung gewinnen könne. „Dies ist eine gute Voraussetzung dafür, die Aufarbeitung der SED-Diktatur auch künftig voranzubringen“, sagte Frau Birthler. Die Bundesbehörde beschäftigt laut Internet derzeit 1.600 Mitarbeiter. Immer noch werden Anträge auf Akteneinsicht gestellt. *R.L. / H.D*

Es gibt weit über 100 Erlebnisberichte aus DDR-Zuchthäusern! Der erste stammte von Eva Müthel, die sechs Jahre eingesperrt war, und trug den Titel „Für dich blüht kein Baum“ (1957), der bisher letzte wurde von dem Dresdner Geschwisterpaar Dorothea Ebert und Michael Proksch unter dem Titel „Und plötzlich waren wir Verbrecher“ (2010) veröffentlicht.

Das Buch Thomas Raufeisens, der 1962 in Hannover geboren wurde, nimmt innerhalb der DDR-Gefängnisliteratur eine Sonderstellung ein, nicht wegen der Haftbedingungen, die nicht anders waren als die seiner Mitgefangenen, sondern weil der Verfasser von seinem Vater Armin Raufeisen (1928-1987) in den SED-Staat verschleppt und damit in ein unsägliches Unglück gestürzt wurde, das über Nacht sein junges Leben völlig veränderte.

Nach der Flucht des MfS-Oberleutnants Werner Stiller am 18. Januar 1979 nach Westberlin waren nämlich rund 70 DDR-Agenten enttarnt worden, wovon mehrere, bevor sie verhaftet werden konnten, in den SED-Staat flohen, darunter auch Armin Raufeisen, der seit 1965 bei der Firma Preussag in Hannover, die im Erdölgeschäft tätig war, arbeitete und dort Wirtschaftsspionage betrieb. Er stammte aus Tilsit in Ostpreußen, hatte als Hauer 1949 bei der Wismut-AG im Erzgebirge zu arbeiten begonnen und sich zum Geophysiker im Uranbergbau hochgearbeitet. Am 15. März 1956 war er von der „Staatssicherheit“ angeworben und als „Republikflüchtling“ mit konspirativem Auftrag 1957 nach Westdeutschland geschickt worden. Schon im Westeinsatz wurde er 1959 zum SED-Mitglied und 1969 zum MfS-Oberleutnant ernannt. Sein Vorgesetzter bescheinigte ihm noch 1979 „Einsatzbereitschaft, Eigeninitiative und Risikobereitschaft.“

Als Agent ins falsche Land geflohen

Über das Buch von Thomas Raufeisen, dessen Vater mit der Familie in die DDR kam und dort die Ernüchterung erlebte

Von dieser Vorgeschichte im Leben ihres Vaters wussten seine beiden Söhne Michael (18) und Thomas (16) nichts, als sie mit ihren Eltern, unter dem Vorwand, den schwerkranken Großvater in Ahlbeck/Usedom besuchen zu wollen, am 22. Januar 1979 aus Hannover-Ahlem aufbrachen und bei Helmstedt-Marienborn die innerdeutsche Grenze überschritten.

An der Raststätte Michendorf verließen sie die Autobahn, begleitet von zwei MfS-Leuten, die sie in einer konspirativen Wohnung in Eichwalde bei Berlin unterbrachten. Erst dort erklärte der Vater seinen Söhnen, die Mutter war längst eingeweiht, warum sie so überstürzt hätten abreisen müssen, sie müssten jetzt für immer hier bleiben und sich „ein neues Leben aufbauen“.

Im Buch heißt es: „...und es kam der Satz, der mit einem Mal unser ganzes Leben ändern sollte, der unsere Familie zerstören und die geplanten Lebenswege von uns allen umleiten sollte.“ Die Söhne waren entsetzt, es bemächtigte sich ihrer ein „Gefühl völliger Leere“, sie beschimpften ihren Vater, es kam zu einem nervenaufreibenden Streit, der über Wochen anhielt und auch später immer wieder aufflammte. Michael verweigerte, da er volljährig war, die Annahme der DDR-Staatsbürgerschaft und durfte nach elf Monaten der Unsicherheit, am 14. Dezember 1979, nach Hannover ausreisen.

Der jüngere Sohn Thomas war in einer bedeutend schlechteren Situation! Er musste den Leidensweg, den die Eltern angetreten hatten, bis zum bitteren Ende mitgehen. Der Vater, dem noch 1979 eine Arbeitsstelle am „Zentralen Geologischen Institut“ zugewiesen wurde, hatte mit der Verschleppung seiner Familie ein zweites Verbrechen begangen, das er dadurch zu mildern hoffte, dass er Fluchtpläne schmiedete, denn er hatte rasch, wenn auch zu spät erkannt, für welchen Staat er als „Kundschafter des Friedens“ gekämpft hatte. Zunächst aber versuchte die „Staatssicher-

heit“, die vier Mitglieder der westdeutschen Familie Raufeisen in die ihnen völlig fremde DDR-Gesellschaft einzugliedern. Sohn Thomas besuchte die elfte Klasse der „Erweiterten Oberschule“ in Berlin-Lichtenberg und wurde in unbekanntem Fächern wie „Staatsbürgerkunde“ oder der Geschichte von Klassenkämpfen unterrichtet. Später wurde er zum Kfz-Mechaniker ausgebildet, wo er die „Planwirtschaft“ ganz unten kennen lernte und an der Berufsschule in Berlin-Pankow den einzigen Freund traf, dem er während der schlimmen DDR-Jahre vertrauen konnte. Inzwischen war er mit Eltern und Bruder nach Ostberlin in die Leipziger Straße gezogen, wo er im elften Stock wohnte, umgeben von staatstreuen Angehörigen der VP, des MfS und der NVA. Allerdings konnte er von hier aus tief in die „Frontstadt“ Westberlin hineinschauen, das Springer-Hochhaus und die Kreuzberger Kneipen lagen direkt gegenüber: „Westberlin wurde für mich eine Art heiliger Ort, eine Traumstadt, ein Ort der Verheißung.“

Erreichen freilich sollte er diesen Ort, wo er über sein Leben frei entscheiden konnte, erst fünf Jahre später, als er aus dem Gefängnis entlassen worden war und ausreisen durfte. Sein Vater, gerade 52 Jahre alt, wurde für immer krankgeschrieben und bekam eine Invalidenrente zugesprochen, bei Thomas hatte sich im Alter von 18 Jahren ein Magengeschwür gebildet. Mit dem Mut der Verzweiflung versuchte Armin Raufeisen, die Ausreise zu erzwingen. Er besuchte die westdeutsche Botschaft in Budapest, wo er schnöde abgewiesen wurde, er traf am 4. Juli und 5. August 1980 einen CIA-Mitarbeiter in Ostberlin, was der „Staatssicherheit“ nicht verborgen blieb, tollkühn stellte er im DDR-Innenministerium einen Ausreiseantrag nach Österreich, während seine Frau Charlotte einen Brief mit bitteren Vorwürfen an die „Staatssicherheit“ richtete. Schließlich erfolgte, fast unausweichlich, am 12.

September 1981 die Verhaftung der ganzen Familie!

Er wurde „zur Klärung eines Sachverhalts“ mit Knebelketten am linken Handgelenk ins MfS-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert und „wegen Verbindungsaufnahme zu ausländischen Organisationen“ wochenlang verhört. Im Prozess vor dem Ostberliner Militärobergericht vom 14. bis 16. September 1982 wurde Armin Raufeisen zu lebenslanger Haft verurteilt, seine Frau Charlotte zu sieben Jahren und Sohn Thomas wegen „landesverräterischer Tätigkeit“ zu einer „Kurzstrafe“ von drei Jahren. Diese Verurteilung verstand er wie einen Schicksalsschlag, den er sich nicht erklären konnte. Er hatte lediglich in seine Heimatstadt Hannover zurückkehren wollen, in der Urteilsbegründung stand aber zu lesen, er hätte „Verbrechen von erheblicher Gesellschaftsgefährlichkeit begangen“.

Als „politischer Verbrecher“ von 20 Jahren kam er mit seinen Eltern in die Sonderhaftanstalt Bautzen II, von wo er am 11. September 1984 nach Ostberlin entlassen wurde. Die Wohnung in der Leipziger Straße war viermal von der „Staatsicherheit“ durchsucht worden und immer noch in völliger Unordnung, auf den Möbeln lag eine dicke Staubschicht. Er besuchte seine Großmutter in Ahlbeck, seinen Onkel in Erfurt, am 9. Oktober saß er endlich im Interzonenzug nach Hannover, wo sein Bruder auf ihn wartete: Fünfeinhalb Jahre seines jungen Lebens waren ihm gestohlen worden! Am 14. Oktober 1987 schrieb ihm seine Mutter aus dem Zuchthaus Bautzen, dass sein Vater bei einer Gallenoperation im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf überraschend verstorben wäre! Er war nur 58 Jahre alt geworden!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Thomas Raufeisen: Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei. Eine deutsche Tragödie 200 Seiten, Euro 14.95

18. & 19. Februar 2011 – Magdeb.

Trauma, Erinnerung und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen politischer Gewalt - 20 Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
Info: Tel.: 0391-2445590 oder Bundesstiftung SED-Unrecht

Sehe mit Herrn Waschitschka überhaupt keinen Dissens ...

Prof. Dr. Udo Sträter antwortet auf Vorhaltungen in Fg 698,

In der letzten Fg wurde über die Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages in Halle/S. berichtet. Dabei wurde der Vorwurf erhoben, der Hauptredner, Professor Udo Sträter, sei durch das Auslassen eines konkreten Erinnerns an die zahlreichen Opfer des Kommunismus den an ihn gestellten Erwartungen nicht gerecht geworden. Ein umgehend in der Halleschen Presse veröffentlichter Leserbrief von Mathias Waschitschka drückte die von vielen Stalinismus-Opfern ebenso empfundenen Säumnisse konkret aus. Wolfgang Stiehl von der VOS in Magdeburg wandte sich zudem mit einem Schreiben an Professor Sträter und formulierte darin dieselben Vorhaltungen und Fragen. Nunmehr liegt der Fg auch die Antwort Prof. Dr. Udo Sträters vor, die keinerlei Bekenntnis von einer unzulänglichen Rede enthält. Nachstehend geben wir den Leserinnen und Lesern die Stellungnahme zur Kenntnisnahme.

Den Bemerkungen von Herrn Waschitschka entnehme ich nicht ohne eine gewisse Betrübnis, dass er sich nicht wirklich auf den Duktus meiner Gedenkrede eingelassen, sondern bestimmte Stichworte und Benennungen erwartet hat, die sich auf den Umfang des Gedenkens am Volkstrauertag beziehen. Dieses zu leisten, ist aber Aufgabe der einführenden Grußworte und des zentralen, abschließenden Totengedenkens. In dieser Hinsicht ist seinem Anliegen vollständig Rechnung getragen worden.

Eine Rede zu einem zentralen nationalen Gedenktag hat nicht die Aufgabe, den gesetzten Rahmen zu variieren, sondern eine klare Position zu vermitteln. Ansonsten wäre sie überflüssig und könnte in liturgischen Elementen aufgehen.

Die Position meiner Rede ist - soweit ich es wahrgenommen habe - in den Medien klar erkannt und dargestellt worden. Sie warnte vor unpolitischem Harmonie- und Autoritätsbedürfnis, wies exemplarisch auf die Gefahr eines - im Fall von Weimarer Republik und NS-

Staat historisch verifizierbaren - verdeckten Übergangs von demokratischen zu autoritären und letztlich totalitären Strukturen hin und rief zu verantwortlichem politischem Handeln aller für das Wohl unserer Gesellschaft engagierten Menschen auf.

Ich habe das mit der These verbunden, dass sich politische Katastrophen durch mentale Katastrophen andeuten, deren Symptome zu beachten sind. Dies habe ich gegründet auf Analysen von Gedenkreten zum Volkstrauertag in der Weimarer Republik und habe die Verbindung gezogen zum kontinuierlichen „Funktionieren“ deutschen Verwaltungshandelns nach 1933.

Dass der Zug nach Workuta ebenso pünktlich war wie der Zug nach Auschwitz, ist damit ebenso wenig in Frage gestellt wie die Tatsache, dass auch viele andere Züge - und dann auch Flugzeuge - „pünktlich“ waren. Hier sehe ich mit Herrn Waschitschka überhaupt keinen Dissens. Wenn es um den zentralen Aufruf zu politischer Wachsamkeit geht, wird er mir sicher zustimmen. Ich bin zu einem persönlichen Gespräch mit Herrn Waschitschka gern bereit.

Prof. Dr. Udo Sträter

Andreas Kaiser:



Der Kommunismus – nur noch wenige Stufen bis zur Verwirklichung

Vermummt und Schuhe mit Stahlkappen

Vera Lengsfeld wurde Opfer der linken Schläger

Zu den unschuldigen Opfern, die am 8. Januar vor dem Urania-Gebäude in Berlin von Vermummten angegriffen worden sind, gehört die DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld. Lesen Sie nachstehend, wie sie die Angriffe und deren Folgen erlebt hat.

Die Antifa.de hat im Vorfeld der Konferenz auf ihrer Seite verkündet, sie wolle von Rosa lernen, „wie man kämpfen muss“. Das stand auch als Motto auf der Eintrittskarte für die heutige Podiumsdiskussion „Wo bitte geht's zum Kommunismus“ mit der Linke-Parteivorsitzenden Löttsch, der RAF-Terroristin Vieth und anderen. Ehemalige politische Häftlinge, die vor dem Konferenzort gegen die Verharmlosung der kommunistischen Verbrechen protestieren wollten, bekamen den Kampfgeist linksradikaler Aktivisten zu spüren. Sofort nach ihrem Eintreffen wurden sie gezielt und brutal von linken Schlägern angegriffen. In der ersten Angriffswelle wurden die Männer zu Boden gerissen und mit Schlägen ins Gesicht und in die Seite traktiert.

Dr. Frieder Weiße, ein Mann um die 60, wurde von jungen Männern Anfang zwanzig so zugerichtet, dass er ins Martin-Luther-Krankenhaus eingewiesen werden musste. Ein anderer älterer Herr, Rainer Buchwald, erhielt mehrere Faustschläge ins Gesicht und in die Seite. Einem dritten ehemaligen Häftling wurde bei einem Schlag ins Gesicht die Brille zerstört. Er hatte noch Glück, dass seine Augen verschont blieben.

Beim ersten Angriff waren nicht alle mitgeführten Protest-Schilder zerstört worden. Als ich mich bückte, um ein unversehrt gebliebenes Schild aufzuheben, kam eine zweite Angriffswelle. Diesmal rückten schwarz gekleidete Vermummte vor,

vier in einer Reihe, gut trainiert und im Kickboxen erfahren. Einer davon griff mich an und zielte mit seinen Stahlkappenschuhen auf meinen Bauch. Zweimal konnte ich zurückspringen, beim dritten Mal erwischte er mich, weil ich gegen einen Menschen prallte. Zum Glück kam endlich die Polizei und verhinderte Schlimmeres. Die Schläger suchten feige Schutz im Haus der Konferenz. Die draußen herumstehenden Linken hatten nicht einen Finger gerührt, um uns zu helfen. Im Gegenteil. Sie gaben den Schlägern die nötige Deckung und verhinderten deren Festnahme. Uns sagten sie, wir hätten eben nicht „provizieren“ dürfen. Lediglich einer der Schwarzen wurde geschnappt. Bei der späteren Gegenüberstellung war ich schockiert, wie jung und unschuldig er aussah. Natürlich wollte er es nicht gewesen sein. Der Einsatzleiter der Polizei verfügte, wir hätten uns vom Veranstaltungsort zu entfernen. Unter Gejohle und Sprechchören „Wir kriegen euch alle!“ wurden wir unter Polizeischutz auf die andere Straßenseite geführt, wo uns, ebenfalls auf polizeiliche Anweisung, eine Demonstration von „Pro Deutschland“ an die Seite gestellt wurde. Protest war sinnlos. Sicherheit ging bei der Polizei vor. Der „Sicherheit“ wegen sprachen die Veranstalter der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Person des 8. Mai-Verlagsleiters Andreas Hüllinghorst und einem angeblichen Anwalt, der sich „Müller“ nannte, mir und meinem Haftkameraden Hartmut Richter Hausverbot aus. Wir hatten Karten für die Podiumsdiskussion erworben und wollten mit diskutieren. Aus Sorge um unsere körperliche Unversehrtheit sei das Hausverbot verhängt worden.

Vera Lengsfeld, 08.01.2011, 20:41

ARD-Talk Show als Seifenoper?

Für Sonntag, den 8. Januar hatte die ARD angekündigt, in der Talk-Sendung mit Anne Will das Thema Kommunismus-Konferenz bzw. das Ziel Kommunismus als rettende Gesellschaftsform zu diskutieren. Vorab hieß es, auch die Gewaltaktionen vor Beginn der Veranstaltung sollten diskutiert und ausgeleuchtet werden. Eingeladen dazu war u. a. der Politiker der Linke, Oskar Lafontaine, der jedoch keinerlei direkten Bezug zu der Veranstaltung hatte und bei dem es sich um jemanden handelt, der Gewaltakte prinzipiell ablehnt. Auch die übrigen Teilnehmer der Runde konnten dem Thema Kommunismus nur ansatzweise gerecht werden. Der Verweis auf die Millionen Toten, die der Kommunismus verursacht hat, ist inzwischen als Argument aufgebraucht. Ebenso wenig kann man wirklich glaubhaft machen, dass der Kommunismus als gesellschaftliches Modell praktikierbar ist. Umso unnötiger ist es, ihn dann als eine rettende „Visionen“ ins Gespräch zu bringen und mit ihm die Aufhebung gesellschaftlicher Armut zu verbinden, die es in unserer Gesellschaft aber in der Form wie zu Marx' Zeiten sowieso nicht mehr gibt. Völlig enttäuschend war für die zusammengeschlagenen VOS-Opfer – Edda Schönherz und Frieder Weiße – saßen im Publikum, dass die Angriffe der Vermummten auf friedliche Bürger nur am Rande behandelt wurden. Durch den emotional geprägten Auftritt eines „Armutsforschers“, der unnötig sein Buch anpries, geriet die Sendung endgültig auf das Niveau einer Seifenoper. Man muss fragen, warum werden hier nicht wirkliche Zeitzeugen der DDR eingeladen. Sowohl ehemalige Marxisten als auch Widerständler, um dann echt zur Sache zu diskutieren. *H. Diederich*

Wir trauern um

**Anita Henftling
Rudi Nichelmann
Paul Winterfeldt
Ingrid Homa
Ernst Kallauka
Walter Granse
Dieter Hopperdietzel
Prof. Dr. Udo Ehling
Rudolf Helzig**

**Bezirksgruppe Hamburg
Bezirksgruppe Stuttgart
Bezirksgruppe Schwerin
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Düren
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Chemnitz**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Zitate zum Thema Kommunismus(konferenz)

„Ich hatte gedacht, dass Gewalt gegen Andersdenkende in Deutschland der Vergangenheit angehört. Dass friedliche Demonstranten und noch dazu ehemalige politische Häftlinge von linken Chaoten auf offener Straße krankenhaureif geschlagen und dann noch verhöhnt werden, macht mich sprachlos.“ *D. Dombrowski, G.-Sekretär CDU Brandenburg*

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen bei der Wahrnehmung ihres Demonstrationsrechtes angegriffen werden.“

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD)

„Wer die Ideen der Linke bisher für gut hielt, kann jetzt auch ohne Vergrößerungsglas die Risse bemerken.“

Andreas Kaiser, SED-Opfer, Bonn

„Unser Ziel ist die herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft, die unter dem Begriff Kommunismus zusammengefasst werden kann. Dabei leugnen wir keineswegs die Verbrechen in den realsozialistischen Ländern. Die Konsequenz für uns lautet, dass Kommunismus ohne individuelle Freiheit undenkbar ist, was schon Karl Marx festgestellt hat.“

Sascha Collet, Bundesgeschäftsführer des Studierendenverbandes Die Linke.SDS

„Die VOS fordert von Frau Löttsch eine Antwort, ob Steuergelder via Luxemburg-Stiftung, die sie mit leitet, in die Kommunismus-Konferenz geflossen sind. Es wäre ein weiterer Skandal, wenn die LINKE mit der ihr nahestehenden Stiftung das Podium für eine RAF-Terroristin mit öffentlichen Mitteln finanziert hat.“ *J. Rink, Bundesvorsitz. d. VOS*

„Dass eine Partei, die in mehreren Bundesländern in der Regierung sitzt und in Nordrhein-Westfalen mitregiert, sich ausdrücklich zum Kommunismus bekennt, ist eine Verhöhnung der Opfer des Stalinismus und des real existierenden Sozialismus.“

Karl-Josef Laumann

Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion in NRW

„Jetzt muss auch mal Schluss sein mit der Sache.“

Linke-Bundestagsabgeordneter Jan Korte

Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats.

Friedrich Engels

„Spätestens durch die Einführung der 30-Stunden-Woche und weiterer Privilegien im VW-Werk Wolfsburg hat sich das Proletariat, von dem Marx und Engels als bestimmende Kraft bei der Erreichung der kommunistischen Gesellschaft reden, abgeschafft.“

A. Richter, Schriftsteller

„Dass ich keine Demokrat bin und ich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünde, ist eine Unverschämtheit. Ich bin Demokrat mit Haut und Haar ... keine Partei in diesem Land nimmt die Demokratie so ernst wie Die Linke.“

Gesine Löttsch, Die Linke

„Wir haben in unserer Partei eine Reihe von – einfach ausgedrückt – Querulanten.“

Klaus Ernst, Die Linke

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit...

K. Marx/Fr. Engels

„Ich setze meine Hoffnung auf die Zukunft.“ *Gregor Gysi*

„Wenn Die Linke erst Leute verprügelt lassen muss, um die politische Macht an sich zu reißen, dann kann mit dieser Partei und dem Umfeld einiges nicht stimmen.“

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitz. der VOS

„Herr Gysi, Frau Löttsch, warum laden Sie nicht endlich mal die SED-Opfer zu einer Diskussion ein?“ *A. Richter*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (700!!!) erscheint im Januar 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 699 15. Jan. 2011